

14.12.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 17/800-

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Einzelplan 09 - Ministerium für Verkehr

Berichterstatter

Abgeordneter Bodo Middeldorf

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 09 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 14.12.2017/Ausgegeben: 16.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 17/239 der Erläuterungsband zum Einzelplan 09 vor.

Der Verkehrsausschuss hat den Einzelplan 09 in seinen Sitzungen am 22. November 2017 beraten und am 6. Dezember 2017 abschließend beraten und abgestimmt. Ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde zur Kenntnis gegeben. Weitere Änderungsanträge lagen nicht vor. Der Einzelplan 09 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Die Berichtersteller des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 09 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 17/343.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/400 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2017 abgegeben.

Dort lag ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Einzelplan 09, Kapitel 09 010, Titel 422 01 vor. Dieser Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der AfD abgelehnt. Der Personaletat zum Einzelplan 09 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Votum des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen

Mit der Vorlage 17/386 votiert der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen zu Kapitel 09 150, Straßen- und Brückenbau, Landesbetrieb Straßen NRW, für eine unveränderte Annahme.

E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/1515 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Vorlage 17/1500.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 14. Dezember 2017 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 09 befasst. Dort lagen zwei Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP, drei Änderungsanträge der SPD-Fraktion sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD zur Abstimmung vor. Die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus dem Anhang. Zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion aus dem Abstimmungskompendium wurden richtigerweise bei Einzelplan 06, Kapitel 06 070 (Landeszentrale für Politische Bildung), vgl. Drucksache 17/1506, abgestimmt.

F Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 09 mit Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion in der zuvor geänderten Fassung **angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 2 Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und FDP
3 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
1 Änderungsantrag der Fraktion der AfD

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

		<p>um 6 Bes.Gr. B 2 Ministerialrat auf 18 Bes.Gr. B 2 Ministerialrat</p> <p>Von 25 Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor um 8 Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor auf 17 Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor</p> <p>Von 27 Bes.Gr. A 13 BA Regierungsdirektor um 8 Bes.Gr. A 13 BA Regierungsdirektor Auf 19 Bes.Gr. A 13 BA Regierungsdirektor</p> <p>Begründung: Die neue Landesregierung baut massiv zusätzliche neue Stellen auf. Das hat sie bereits im Nachtragshaushalt mit 139 neuen Stellen getan. Eine neue Fachabteilung „Zukunft der Mobilität“ ist mehr als übertrieben. Dieses Thema muss auch in der bestehenden Behördenstruktur umsetzbar sein. Google liefert zum Thema Zukunft der Mobilität eine ausreichende Vielfalt an Informationen. Des Weiteren kann man sich über externe Sachverständige informieren lassen. Der Minister verfügt über ein Ministerbüro, das für ihn diese Recherche übernehmen kann.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2018
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 09 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 20 Globale Minderausgaben zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplans</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2018 von - 1.602.700 Euro um - 5.000.000 Euro auf - 6.602.700 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2017 -1.602.700 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Als Kompensation des Mehrbetrages bei Kapitel 09 110 Titel 682 60 wird die Globale Minderausgabe entsprechend erhöht.</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD nein FDP ja GRÜNE nein AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2018**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 60 Sozialticket Titel 682 60 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2018 Ansatz lt. HH 2017 von 21.000.000 Euro 0 Euro um 5 000 000 Euro auf 26.000.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Das Land gewährt Verkehrsverbänden und Kommunen Zuschüsse für vergünstigte Mobilitätsangebote für Arbeitssuchende und Bedürftige. Der betroffene Personenkreis soll auch künftig vergünstigte Mobilitätsangebote in Anspruch nehmen können. Daher wird der Haushaltsansatz der Titelgruppe insgesamt von bisher 35.000.00 Euro um 5.000.000 Euro auf 40.000.000 Euro angehoben, um auch 2018 die Zuschüsse in unveränderter Höhe zur Verfügung stellen zu können.</p> <p>Die Deckung erfolgt im Kapitel 09 020 Titel 972 20.</p> <p>.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2018
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 74 Ausbildungsverkehrs-Pauschale nach §11a ÖPNVG NRW Titel 633 74 Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2018</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2017</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">62.475.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">62.475.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">82.475.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Ausbildungsverkehre in Nordrhein-Westfalen werden im Rahmen der ÖPNV-Förderung mit 130 Millionen Euro jährlich unterstützt. Nutznießer dieser originär landesseitigen Förderung sind die Schülerinnen und Schüler. Auszubildende benötigen jedoch auch ein landesweit transparentes Angebot preisgünstiger Monatstickets, um die Wege zum Ausbildungsbetrieb und zu den Standorten der begleitenden Berufsschulbildung absolvieren zu können. Damit wird nicht nur eine Gleichstellung mit anderen Bevölkerungsgruppen, z.B. Schülern und Studenten, herbei geführt, sondern auch eine weitere Förderung des ÖPNVs mit Verlagerungswirkung vom Verbrennungsmotor gestützten Individualverkehr auf den ökologisch vorteilhaften ÖPNV. Zur Einführung des Azubi-Tickets sind deshalb zunächst 20 Millionen Euro in den HH 2018 einzustellen.</p>		2018	Ansatz lt. HH 2017	von	62.475.500 Euro	62.475.500 Euro	um	20.000.000 Euro		auf	82.475.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
	2018	Ansatz lt. HH 2017																							
von	62.475.500 Euro	62.475.500 Euro																							
um	20.000.000 Euro																								
auf	82.475.500 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																																
	SPD	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 60 Sozialticket Titel 683 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>a.) Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2018</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2017</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">13.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">40.000.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">28.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>b.) Anbringung einer Verpflichtungsermächtigung von 120.000.000 € mit den Fälligkeiten von 40.000.000 € in den Jahren 2019, 2020 und 2021.</p> <p><u>Begründung:</u> Das Sozialticket in Nordrhein Westfalen ermöglicht mehr als 300.000 Menschen mit geringem Einkommen die Teilnahme am öffentlichen Personennahverkehr. Das Sozialticket ist nachhaltig zu sichern. Es ermöglicht individuelle Mobilität und dient der Förderung des ÖPNV insgesamt. Die Anreizfinanzierung ist für die Aufgabenträger jedoch seit geraumer Zeit nicht mehr ausreichend, so dass die Förderung landesseitig um 10 Mio. € erhöht werden muss, um die flächendeckenden Angebote aufrecht zu erhalten und fortentwickeln zu können.</p>		2018	Ansatz lt. HH 2017	von	13.500.000 Euro	40.000.000	um	15.000.000 Euro		auf	28.500.000 Euro		<p>Buchstabe a)</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table> <p>Buchstabe b)</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
	2018	Ansatz lt. HH 2017																																	
von	13.500.000 Euro	40.000.000																																	
um	15.000.000 Euro																																		
auf	28.500.000 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	Enth.																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	Enth.																																		

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis												
	SPD	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Titelgruppe 80 Zuwendungen nach § 14 ÖPNVG NRW zur Förderung sonstiger Maßnahmen im besonderen Landesinteresse Titel 891 80 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2018</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2017</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">750.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">31.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die unzureichenden Bundesmittel aus dem „Mobilitätsgipfel“ (infolge des Dieseltgipfels) sowie die übrigen unzureichenden Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um Fahrverbote in den Städten zu vermeiden. Daher kommt der Förderung von Investitionen in den ÖPNV große Bedeutung zu. Gefördert werden soll die Anschaffung von E-Bussen, um die Grenzwertüberschreitung bei NOx zu beenden. Dabei sollen die Mehrkosten gegenüber einem konventionellen Bus (ca. +300.000 € pro Bus) für mit Bundesmitteln geförderte Projekte eine entsprechende Kofinanzierung aus Landesmitteln, wie beim Breitbandausbau, erhalten, um eine 100%ige Förderung des jeweiligen Mehraufwandes zu erzielen. Die Sonderförderung ist in das ÖPNVG zu implementieren und zu verstetigen.</p>		2018	Ansatz lt. HH 2017	von	1.000.000 Euro	750.000 Euro	um	20.000.000 Euro		auf	31.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>
	2018	Ansatz lt. HH 2017													
von	1.000.000 Euro	750.000 Euro													
um	20.000.000 Euro														
auf	31.000.000 Euro														

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2018

Einzelplan 09: **Ministerium für Verkehr**

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2018 (Drucksache 17/800).

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für
Verkehr
für das Haushaltsjahr
2018

Kapitel 09 020
Allgemeine Bewilligungen
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2018 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2018 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)		EUR	

09 020

Allgemeine Bewilligungen
A u s g a b e n
Besondere Finanzierungsausgaben

972 20	881	Globale Minderausgaben zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplans.....	-1 602 700	-5 000 000	-6 602 700
Gesamtausgaben Kapitel 09 020.....			-11 419 200	-5 000 000	-16 419 200

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2018 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2018 EUR
Funkt.- Kennziffer				

09 110 **Förderung der Eisenbahnen und
des öffentlichen Nahverkehrs**

A u s g a b e n

Titelgruppen

Titelgruppe 60
Sozialticket

682 60	741	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen.	21 000 000	+5 000 000	26 000 000
		Summe Titelgruppe 60.	35 000 000	+5 000 000	40 000 000
		Gesamtausgaben Kapitel 09 110.	1 788 764 600	+5 000 000	1 793 764 600
		Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 110.	1 467 750 000	—	1 467 750 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2018 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2018 EUR
	Gesamteinnahmen	1 764 019 700	—	1 764 019 700
	Gesamtausgaben	2 759 559 200	—	2 759 559 200
	Verpflichtungsermächtigungen	1 804 395 200	—	1 804 395 200

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2018	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2018
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	1 172	—	1 172
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5 023	—	5 023
	Summe	6 195	—	6 195